

**Antwort**  
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein, Hans Wallow, Brigitte Adler, Dr. Werner Schuster, Christoph Matschie, Günter Schluckebier, Rudolf Müller (Schweinfurt), Dr. Ingomar Hauchler, Rudolf Bindig, Dieter Schanz, Otto Schily, Renate Schmidt (Nürnberg), Dr. Uwe Holtz, Verena Wohlleben, Ludwig Eich, Lydia Westrich, Horst Sielaff, Albrecht Müller (Pleisweiler), Dr. Rose Götte, Erika Simm, Horst Kubatschka, Hanna Wolf, Susanne Kastner, Dr. Rudolf Schöffberger, Hermann Wimmer (Neuötting), Uwe Lambinus, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Uta Titze, Heide Mattischeck, Dr. Martin Pfaff, Robert Antretter, Gernot Erler, Dr. Hartmut Soell, Gert Weisskirchen (Wiesloch)  
— Drucksache 12/322 —

**Umweltauswirkungen des Narmada-Staudammprojekts (Indien)**

Seit 1987 wird am Narmada-Fluß in Indien an der Realisierung einer Serie von Staudammprojekten gearbeitet, die insgesamt 30 große, über 100 mittelgroße und mehrere 1 000 kleine Staudämme umfassen soll. Allein durch den Bau des Sardar-Sarovar-Staudamms würden rd. 100 000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben, deren Ackerflächen vernichtet und die Lebensräume vieler Wildtiere zerstört. Dem immer stärker werdenden Protest der betroffenen Bevölkerung haben sich auch namhafte indische Wissenschaftler und Bürgerrechtler angeschlossen. Die Kritiker fordern die Einstellung der Bauarbeiten und weisen darauf hin, daß das überdimensionierte Projekt weder unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten rentabel sei noch die sozialen und ökologischen Auswirkungen geprüft worden seien. Die Weltbank hat für das Projekt angeblich 450 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt.

1. Hat die Bundesregierung bei der Weltbank der Finanzierung des Narmada-Projekts mit 450 Millionen US-Dollar zugestimmt?  
Wenn ja, mit welcher Begründung?

Die Bundesregierung hat dem Bankdarlehen über 200 Mio. US-\$ und dem IDA-Kredit (100 Mio. US-\$) für das Damm- und Stromversorgungsvorhaben Sardar Sarovar sowie dem IDA-Kredit

(150 Mio. US-\$) für ein Wasserversorgungs- und Entwässerungsprojekt zugestimmt. Hierbei stand die Überlegung im Vordergrund, daß Anfang des nächsten Jahrhunderts ca. 30 Millionen Menschen in Trockengebieten auf eine ausreichende Trink- und Brauchwasserversorgung angewiesen sein werden (vgl. Frage 9).

Zugleich wurde auf die Notwendigkeit angemessener Regelungen für die Umsiedlung der betroffenen Bevölkerung hingewiesen. Es wurde deutlich gemacht, daß der Weltbank bei der engen Kontrolle des Projektablaufs eine wichtige Rolle zukommt.

2. Ist die Bundesrepublik Deutschland zusätzlich mit eigener finanzieller oder technischer Hilfe am Narmada-Projekt beteiligt?  
Wurden Gelder von KFW oder EG-Entwicklungsbanken zur Verfügung gestellt?

Bis heute ist die Bundesregierung mit eigener Hilfe am Narmada-Projekt nicht beteiligt. Auch wurden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder EG-Entwicklungsbanken keine Gelder zur Verfügung gestellt.

3. Wurde vor der Finanzierungsbewilligung für den Sardar-Sarovar-Staudamm und das gesamte Narmada-Projekt von der Weltbank eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt?  
Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Im Rahmen der Projektvorbereitung wurden verschiedene Umweltstudien u. a. zu den Bereichen Flora und Fauna, Gesundheitswesen und Fischerei durch die Projektträger und die beteiligten Bundesstaaten initiiert. Diese Studien wurden von der Bank überprüft. Als Resultat vereinbarte die Bank mit den beteiligten Regierungen gezielte Aktionsprogramme in den genannten Bereichen sowie auf den Gebieten archäologische Restaurierung, Entwicklung von Wassereinzugsgebieten, kompensatorische Aufforstung und Ausbildung für Umweltüberwachung.

Der Bau des Staudamms bewirkt in dem schmalen Felsental des Narmada einen begrenzten Verlust an Wald (größtenteils bereits abgeholzt) und landwirtschaftlich nutzbarer Fläche. Ferner muß potentiellen Krankheiten, wie z. B. Malaria, begegnet werden. Demgegenüber wird erwartet, daß in der Umgebung des Stausees aufgrund der verbesserten Bodenfeuchtigkeit günstigere Voraussetzungen für die Vegetation geschaffen werden. Überflutungsschäden können durch den Dammbau besser kontrolliert werden, und für die Fischerei eröffnen sich neue Möglichkeiten.

4. Wurde die Sozialverträglichkeit geprüft?  
Falls ja, wie?

Die Sozialverträglichkeit des Projekts wurde untersucht und in den Erlaß des „Narmada Water Disputes Tribunal“ aufgenommen.

men, welcher die Nutzung der Wasserbestände durch die Uferstaaten regelt sowie u. a. die Programme zur Umsiedlung und Rehabilitierung der betroffenen Bevölkerung festlegt. Die Regelungen des Tribunals fanden ihren Niederschlag in den Abkommen der Bank zur Umsiedlung und Rehabilitierung.

Die sozialen Auswirkungen sind weiterhin Gegenstand intensiver projektbegleitender Untersuchungen.

5. Welche Flächen sollen für den anzulegenden Stausee überflutet werden?

Nach Projektabschluß wird durch den Sardar-Sarovar-Damm ein langer, enger Stausee von ca. 210 km Länge entstehen, der eine Fläche von ca. 37 000 ha überflutet.

6. In welchem Umfang müssen für den zukünftigen Stausee und den Bau des Staudamms Waldbestände abgeholzt bzw. überflutet werden?

Insgesamt werden ca. 11 000 ha Land, das als „Wald“ eingestuft ist, durch den Stausee überflutet. Diese Fläche, obwohl als Wald klassifiziert, trägt jedoch kaum noch Baumbestand, da dieser längst durch die wachsende Bevölkerung und weidendes Vieh vernichtet wurde.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirtschaftlichkeit des Staudammprojekts?

Die Wirtschaftlichkeit des Projekts wurde kürzlich von der Bank erneut überprüft. Dabei wurden im Vergleich zu der ursprünglich vorgenommenen Analyse die fast zweijährige Projektverzögerung, die geringer als ursprünglich angenommenen Kosten für den Damm (nach Inflationsbereinigung), höhere Kosten für Umsiedlung und Umweltmaßnahmen sowie ein höherer Ertrag durch die Stromgewinnung in Rechnung gestellt. Als Ergebnis wurde eine Rentabilität des Projekts von 12 Prozent ermittelt. Dieses Ergebnis liegt geringfügig unter der ursprünglich ermittelten Rentabilität von 13 Prozent und stellt eine für dieses Projekt akzeptable Wirtschaftlichkeit dar.

8. Sind Umsiedlungsmaßnahmen geplant, und wenn ja, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen?

Umsiedlungspläne wurden zwischen der Bank und den am Projekt beteiligten Staaten diskutiert und vereinbart. Detaillierte Planungen und Durchführungsarbeiten sind nun in allen drei Staaten im Gange, obwohl der Großteil der Fläche nicht vor 1995 überschwemmt sein wird. In Gujarat, wo ein Dorf 1992 betroffen

sein wird, wurden bis Dezember 1990 mehr als 1 800 betroffenen Familien ca. 4 000 ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche zugeteilt.

9. Trifft es zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei einem Besuch der Baustelle des Staudammprojekts im Januar 1990 finanzielle Zusagen für Umsiedlungsvorhaben und Umweltschutzmaßnahmen gemacht hat; wenn ja, in welcher Höhe?

Wie beurteilt die Bundesregierung die potentiellen Auswirkungen des Sardar-Sarovar-Staudammprojektes u.ä. Vorhaben im Narmada-Tal auf die betroffene Bevölkerung?

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat gegenüber der indischen Regierung bei Gesprächen mit dem Finanzminister und mit der Umweltministerin im Januar 1990 die Bereitschaft der Bundesregierung erklärt, einen indischen Antrag auf flankierende Maßnahmen zum Narmada-Projekt, und zwar für Vorhaben des Umweltschutzes oder der Rehabilitierung umgesiedelter Menschen, zu prüfen. Ein indischer Antrag auf Förderung der Fischzucht und der Fischerei im Stausee sowie im unteren Flußgebiet und in den Kanälen wird z. Z. von Gutachtern in Zusammenhang mit dem flankierenden Weltbankvorhaben „Narmada River Basin Development“ geprüft.

Das Staudammprojekt bringt nach Auffassung der Bundesregierung auch bei erfolgreichen Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen, welche die Bundesregierung für unerläßliche Voraussetzungen für die Durchführung des Projekts hält, für die umgesiedelte Bevölkerung zunächst und vorübergehend vielfältige Erschwernisse mit sich. Diesen Erschwernissen muß jedoch der Nutzen für (Anfang des nächsten Jahrhunderts) rd. 30 Mio. Menschen gegenübergestellt werden, die in extremen Trockengebieten leben und die auf das Trink- und Brauchwasser des Stausees angewiesen sein werden. Für die Wasserversorgung dieser Menschen gibt es derzeit keine erkennbare Alternative.

10. Leisten diese Art Großprojekte nach Ansicht der Bundesregierung einen überprüfbaren Beitrag zur Verbesserung der ländlichen Entwicklung und zur Energieversorgung der ländlichen Bevölkerung?

Zu diesem spezifischen Großprojekt ist hinsichtlich der Versorgung von (Anfang des nächsten Jahrhunderts) 30 Mio. Menschen in extremen Trockengebieten mit Trink- und Brauchwasser derzeit keine Alternative erkennbar. Hinter dem Verwendungszweck des Projekts für die Grundbedürfnisbefriedigung der Trinkwasserversorgung treten die Ziele Bewässerung und Energieversorgung zurück.

Zur Verbesserung der ländlichen Entwicklung und zur Energieversorgung der ländlichen Bevölkerung in Indien sind nach Auffassung der Bundesregierung kleinmaßstäbliche Vorhaben – z. B. solche der Entwicklung von Wassereinzugsgebieten durch Selbst-

hilfe der Betroffenen und unter Mitwirkung indischer Nichtregierungsorganisationen sowie Biogas-Programme – besser geeignet als Großprojekte. Derartige angepaßte Vorhaben bilden zunehmend einen Schwerpunkt der indisch-deutschen Entwicklungszusammenarbeit, auch der finanziellen Zusammenarbeit.

11. Existiert eine Kosten-Nutzen-Rechnung, die auch die ökologischen Schäden einbezieht?

Die ökologischen Auswirkungen des Projekts, z. B. Verlust von Forstbeständen, Umsiedlung etc., wurden in der Kosten-Nutzen-Rechnung ebenso wie der Nutzen für die Umwelt berücksichtigt.

12. Welche Auswirkungen wird das Staudammprojekt auf die weitere Verschuldung Indiens haben?

Die gesamte Außenverschuldung Indiens betrug nach neuesten Angaben der Weltbank für das Jahr 1989 62,5 Mrd. US-\$ (Quelle: World Debt Tables 1990–91). Von den geschätzten Devisenkosten des Vorhabens in Höhe von ca. 1,14 Mrd. US-\$ (rd. 30 Prozent der gesamten Projektkosten) werden ca. 250 Mio. US-\$ aus konzessionären IDA-Mitteln finanziert.

13. Ist die Bundesregierung bereit, an einem alternativen, ökologisch verträglichen Entwicklungsmodell für das Narmada-Tal mitzuarbeiten und sich dabei auch finanziell zu beteiligen?

Die Bundesregierung hat – wie bereits unter Frage 9 ausgeführt wurde – gegenüber der indischen Regierung ihre Bereitschaft erklärt, einen indischen Antrag auf Maßnahmen zur Unterstützung einer ökologisch verträglichen und sozial verantwortbaren Entwicklung im Narmada-Tal zu prüfen. Die Prüfung eines solchen Antrags ist z. Z. im Gange. Ein alternatives Modell ist von der indischen Regierung bislang nicht vorgeschlagen worden.

14. Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, daß die Weltbank ihren Beitrag neuerdings von den Ergebnissen einer von unabhängigen Experten erstellten Umweltverträglichkeitsstudie abhängig macht?
15. Wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, daß die Unabhängigkeit einer solchen Prüfung gewährleistet ist?

Die Haltung der Weltbank zu dem Projekt hat sich nicht geändert. Der Vorschlag, eine unabhängige Evaluierungskommission mit der Untersuchung der Umsiedlungs- und Umweltaspekte des Projekts zu beauftragen, kam von Direktoren der Industrieländer, u. a. auf Betreiben des deutschen Exekutivdirektors.

Inzwischen steht fest, daß Herr Bradford Morse, der frühere Leiter von UNDP, die Führung der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission übernehmen wird.

16. Wird sich die Bundesregierung für die Veröffentlichung der gesamten Prüfungsunterlagen und -ergebnisse einsetzen?

Ja.

17. Was ist die Meinung der Bundesregierung dazu, daß mit einer unabhängigen Umweltverträglichkeitsprüfung für ein Weltbankprojekt, wie dies von vielen Nichtregierungsorganisationen bereits lange gefordert wird, ein Modellfall geschaffen wird, der zukünftig für andere Weltbankprojekte Maßstäbe setzt?

Neuerdings ist die Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Projekte, die eine signifikante Umweltauswirkung erwarten lassen, in den Richtlinien der Weltbank zwingend vorgeschrieben. In dem besonderen Fall „Narmada“ wird in der Einsetzung einer unabhängigen Projektprüfungsmission ein sinnvolles Instrument zur Klärung der kontrovers diskutierten Sachlage gesehen.



